

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 195

10. Oktober 1978

Dr. Jürgen Böddrich MdL,
Stellvertretender Landes-
und Fraktionsvorsitzender
der bayerischen SPD, for-
dert von Strauß Auskunft
über die vierte Partei.

Seite 1/2

Jürgen Egert MdB, Obmann
der SPD-Bundestagsfrak-
tion im Ausschuß für
Arbeit und Sozialordnung,
stellt Konzeptionslosig-
keit im Gesundheitspro-
gramm der CDU fest.

Seite 3/4

Axel Wernitz MdB kriti-
siert den bayerischen
Wirtschaftsminister
Anton Jaumann, der das
strukturbedingt niedrige
Lohnniveau Bayerns zum
Werbeschlager für Indu-
striean siedlung macht.

Seite 5/6

Was Strauß wirklich will

Für Strauß ist der Sessel des Ministerpräsidenten zu schade

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD
in Bayern

Nach der Wahl in Hessen muß Franz Josef Strauß mit der Wahr-
heit herausrücken: Will er die vierte Partei oder will er
sie nicht. Will er die CSU bundesweit ausdehnen oder möchte
er mit Hilfe von Unterstützungsvereinen außerhalb Bayerns
die rechtskonservative Ecke für sich vereinnahmen.

In Bayern haben die Wähler ein Recht zu erfahren, mit wel-
cher CSU sie es eigentlich zu tun haben. Mit einer auf
Bayern und bayerische Belange konzentrierten CSU oder mit
einer Bundes-CSU, deren Funktion im Aufbrechen des Parteien-
gefüges besteht. Ein Wähler in Bayern weiß nicht einmal,
ob er einen künftigen CSU- oder einen künftigen CDU-Mann
wählt. Dies ist ein ungunter Zustand.

Seit Monaten nähren Strauß, Tandler und Zimmermann die
Diskussion um die vierte Partei, ohne genau zu sagen, was

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

sie wollen. Dies ist ein unwürdiges Versteckspiel, das für die Öffentlichkeit eine Zumutung ist.

Niemand weiß genau, welche Folgen eine vierte Partei haben würde. Auf alle Fälle würde sie eine einschneidende Veränderung des Parteiengefüges bewirken. Möglicherweise würde die Gründung einer bundesweiten CSU zu anderen Abspaltungen ermutigen, etwa zur Abspaltung des Arbeitnehmerflügels des Herrn Blüm von der CDU.

Für Bayern ergäbe sich in diesem Fall ein interessanter Aspekt. Eine CDU in Bayern würde eine Auflockerung der Parteienlandschaft bedeuten. Die CSU müßte damit rechnen, daß ein nicht unbedeutender Teil ihrer Mitglieder zur CDU übertreten würde. Dasselbe gilt für die Wähler. Diejenigen, die bisher die CSU nicht wegen Strauß sondern wegen Goppel, Jaumann oder Maier gewählt haben, würden sich künftig für eine CDU entscheiden.

Es ist damit zu rechnen, daß Strauß, aus dieser Erkenntnis heraus, die Gründung eines bayerischen CDU-Landesverbandes verhindern will. Dann müßte er gegenüber Kohl Zugeständnisse machen.

In Bayern jedenfalls setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß Strauß das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten nur so weit interessiert, als er damit Einfluß über den Bundesrat auf die Bundespolitik gewinnen will. Sein Ziel ist nach wie vor: Er will Bundeskanzlerkandidat werden. Möglichst einer bundesweiten CSU. Zu diesem Ziel ist aber der Sessel des Ministerpräsidenten zu schade.

(-/10.10.1978/ks/hgs)

Wo Vielfalt zur Einfalt wird

CDU-Gesundheitsprogramm offenbart Konzeptionslosigkeit

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Bereits vier Wochen nach Veröffentlichung des CDU-Gesundheitsprogramms scheint sich zu bestätigen, was Fachleute diesem Papier prophezeiten: Wie seine zahlreichen Vorgänger wird es sang- und klanglos in der Versenkung verschwinden. Eine konkrete Auseinandersetzung mit Problemen und Lösungsvorschlägen konnte mangels programmatischer Masse nicht stattfinden. Zu groß war offenbar die Versuchung, den Kompromiß zwischen den Auffassungen der Sozialausschüsse und denen der Ärztegruppe um Professor Beske im allgemeinen Wortgeklingel zu suchen. Die Programm-Macher der CDU erarbeiteten zwar ein an Seiten umfangreiches Dokument, jedoch bar jeder konzeptionellen Kontur.

Die inhaltliche Oberflächlichkeit hat die CDU-Geschäftsstelle nicht gehindert, eine handliche Fassung dieses umfangreichen Papiers auf den Markt zu werfen. Das auf seine "Kernaussagen" zurückgeführte Dokument enthüllt in erschreckender Deutlichkeit, welche Allerweltsaussagen einer staunenden Öffentlichkeit als Programm verkauft werden sollen.

Gleich zu Anfang heißt es da, die CDU vertrete die Leitvorstellung "einer angemessenen Versorgung, mit medizinischer Wirksamkeit, bei vertretbarem Aufwand". Dieser Satz von großer programmatischer Dichte verliert selbst dann nichts von seiner Prägnanz, wenn man die einzelnen Adjektiva miteinander austauscht: "Eine medizinische Versorgung mit vertretbarer Wirksamkeit, bei angemessenem Aufwand" oder "eine vertretbare Versorgung, mit angemessener Wirksamkeit, bei medizinischem Aufwand". Fürwahr, eine leidvolle Vorstellung von erheblicher Tragweite und ungeahnter Tiefe.

Da wird gefordert, im ambulanten Bereich die Mehrfachuntersuchungen abzubauen und vor der Einweisung ins Krankenhaus alle Möglichkeiten diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen auszuschöpfen. Soweit die Kundmachung, wo aber bleibt der Hinweis, wie dies geschehen soll? Jedoch auf das Wie kommt es an, wenn diese Aussage nicht inhalts- und folgenlos bleiben soll.

Da setzt man sich die Maxime, die Zahl der Krankenhausbetten auf den "medizinisch begründeten Bedarf" zu verringern. Einheitliche Kriterien für die Krankenhausbedarfsplanung zu entwickeln, soll dabei behilflich sein. Vor dem Hintergrund der aktuellen Arbeit an einer Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes klingt diese Forderung wie blanker Hohn. Den entsprechenden Versuch der Bundesregierung, zu mehr Einheitlichkeit zu kommen, hat die Mehrheit der CDU-geführten Länder im Bundesrat als "verfassungsrechtlich unzulässig" abgelehnt.

Weiter im Text: Die CDU verlangt Änderungen im Krankenhausfinanzierungsgesetz und in der Bundespflegesatzverordnung, weil ein zufriedenstellender Zustand in der stationären medizinischen Versorgung noch nicht erreicht sei. Im aktuellen Gesetzgebungsverfahren jedoch verweigert sie im Bundesrat eben diese Änderungen; nicht nur daß sie sich verweigert, sie will gar das geltende Recht so abwandeln, daß wir in die Zeit vor dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und der Bundespflegesatzverordnung zurückfallen.

Wie sieht es nun mit den Beitragszahler-, Versicherten- und Patienteninteressen aus?

Die Aussagen der CDU zur gesetzlichen Krankenversicherung sind besonders mager geraten. Zwei kümmerliche Seiten von 93 setzen sich mit dem zentralen Finanzierungs- und Steuerinstrument unseres Gesundheitswesens auseinander! Da bleibt es dann bei solchen Allgemeinplätzen, wie eine rationellere und kostengünstigere Gestaltung des Versicherungssystems zu fordern. Zur inhaltlichen Leere gesellen sich Forderungen, die verraten, daß gefährliche Irrwege beschritten werden sollen. Wenn etwa aufgefordert wird, den "gesetzlich festgelegten Leistungsrahmen" der Krankenversicherung - insbesondere auf versicherungsfremde Leistungen - zu überprüfen, dann müssen die Versicherten hellhörig werden. Was kann dies anderes heißen als den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung zu reduzieren?

Die Liste der Unzulänglichkeiten und der seltsamen Verirrungen dieses "Programms" ließe sich beliebig mehren. Zu offenkundig wurde bei der Erarbeitung nach dem bekannten Motto verfahren: "Wer vielen etwas bringt, wird jedem etwas bringen", in diesem Fall - jeder Interessengruppe der CDU. Der Patient aber, der doch im Mittelpunkt unserer Überlegungen zum Gesundheitswesen stehen sollte, ist beim CDU-Programm offensichtlich vergessen worden.

Auch nach dieser Schreibübung der Opposition bleibt es dabei: Die Sozialdemokraten haben als einzige Partei ein schlüssiges gesundheitspolitisches Programm, das modellhaft beschreibt, wie wir uns ein reformiertes Gesundheitswesen vorstellen. Der Wettbewerb mit anderen um die beste Lösung für unser Gesundheitswesen bleibt mangels überzeugender Alternativen begrenzt. Den daraus erwachsenden besonderen politischen Pflichten sollten sich Partei und Fraktion bewußt sein.

(-/10.10.1978/v0-he/hgs)

Niedriges Lohnniveau in ländlichen Gebieten Bayerns

Werbeschlager der CSU-Regierung für Industrieansiedlungen

Von Axel Wernitz MdB

In einem Prospekt der CSU-Landtagsfraktion zur Landtagswahl in Bayern heißt es "Bewahren wir uns den Sinn für Anstand und Offenheit, Gerechtigkeit und Würde! Bayern unsere Heimat muß auch weiterhin als Beispiel dafür stehen, daß Verständnis und Menschlichkeit, Toleranz und Gemütlichkeit den Vorrang haben."

Es ist unglaublich aber wahr, daß dieses Motto ausgerechnet von Franz Josef Strauß ausgegeben wird. Wie weit Anspruch und Wirklichkeit, Wort und Tat auseinanderklaffen, ist besonders jenen bewußt, die seine Wahlkampfauftritte erleben bzw. in den Medien verfolgen können. Auch das geschickt inszenierte Blendwerk griffiger Formulierungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier jemand dabei ist, durch Tiraden von Haß und Fanatismus gegenüber dem politischen Gegner ungeheueren Flurschaden für Demokratie und Toleranz in Bayern anzurichten. Man kann nur hoffen, daß das Wort "Wie der Herr so's Gscherr" nicht auf alle CSU-Wahlkämpfer zutrifft. Aber es gibt schon einige, die ihrem Herrn und Meister recht beachtlich nacheifern.

Dazu gehört z.B. auch der bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann. Er hat offensichtlich keine Skrupel, mit zwei Zungen zu reden. So werden einerseits die Wachstumsraten der Wirtschaft in Bayern ausschließlich als Ergebnis bayerischer Wirtschafts- und Strukturpolitik dargestellt. Andererseits versucht das Münchner Wirtschaftsministerium im "Industriemagazin report" mit dem niedrigen Lohnniveau in ländlichen Gebieten Bayerns für die Industrieansiedlung zu werben: "Niedriges Lohnniveau in den ländlichen Gebieten: Der Arbeitsmarkt der ländlichen Räume Bayerns bietet auch heute noch konkrete Vorteile, die sich in der betrieblichen Kalkulation niederschlagen. Das Effektivlohnniveau ist dort zumeist niedriger als in den Ballungsgebieten und im Bundesdurchschnitt. Es hat sich zwar in den vergangenen Jahren kontinuierlich verringert, dennoch liegt der gesamt-bayerische Durchschnitt um rund 11 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. In einzelnen bayerischen Regierungsbezirken und

Landkreisen beträgt der Abstand der ausbezahlten Industrielöhne zum Bundesdurchschnitt sogar um 20 Prozent und mehr. Ähnliche Zahlen liegen für die Gehälter der Angestellten vor."

Für Jaumann gilt in der Struktur- und Wirtschaftspolitik die Devise: Alles, was gut ist, kommt von der CSU-Staatsregierung und alles, was weniger gut ist, stammt aus Bonn. Um dieses demagogische Strickmuster durchzuhalten, geht Jaumann bis an die Grenze der politischen Bilanzfälscherei. Ob es sich um Projekte handelt, die aus gemeinsam vom Bund und Land finanzierten Konjunkturprogrammen, dem Zukunftsinvestitionsprogramm oder der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung stammen, stets wird vor Ort der Eindruck erweckt, als ob hier nur die CSU-Staatsregierung fördere. Die Bürger- und Wählertäuschung ist oft so perfekt, daß noch nicht einmal die Bürgermeister am Bewilligungsbescheid erkennen können, daß hier neben dem Land auch der Bund mitfinanziert.

Die CSU-Politik des skandalösen Etikettenschwindels wird noch krasser, wenn man weiß, daß diese CSU-Politiker nicht müde werden, die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung ansonsten regelmäßig als verfehlt zu kritisieren. Es versteht sich beinahe von selbst, daß derselbe Politiker, als einziger für Bayern im Planungsausschuß, jeweils gegen den Haushalt der Gemeinschaftsaufgabe stimmt. Die enormen finanziellen Leistungen des Bundes für Bayern werden von der CSU entweder ganz verschwiegen oder in die eigene Bilanz eingestellt. Nur mit Hilfe von Manipulation und Etikettenschwindel kann die CSU ihren Wählern wahrheitswidrig vormachen, der Bund benachteilige Bayern. Die Bundesregierung sollte es nicht länger widerspruchslos hinnehmen, daß die CSU die großen Leistungen des Bundes für Bayern in der Öffentlichkeit unterschätzt oder zu eigenen Leistungen umfälscht.

(-/10.10.1978/bgy/hgs)

+ + +